

**In memoriam Heinz Timmermann**

**WINFRIED SCHNEIDER-DETERS / PETER W. SCHULZE /  
HEINZ TIMMERMANN (Hrsg.):**

**Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der  
Geopolitik**

Berlin 2008

Berliner Wissenschaftsverlag, 651 S.

**H**einz Timmermann, einer der Herausgeber des hier besprochenen Bandes, verstarb völlig überraschend kurz vor Weihnachten des Jahres 2008 in Köln. Er war eine der herausragenden Gestalten der deutschen Osteuropaforschung. Über Jahrzehnte galt das akademische Interesse des promovierten Historikers der Arbeiterbewegung, den Veränderungen in der Kommunistischen Bewegung und dem sich herausbildenden Eurokommunismus. Timmermann verband seine Beschäftigung mit der Entwicklung in der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten mit einem klaren Bekenntnis zur Sozialdemokratie, für die er sich immer wieder einsetzte. Seine Laufbahn führte ihn aus dem Bundeskanzleramt unter Willy Brandt in das in Köln angesiedelte Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOST), wo er bis zu dessen Fusion mit der Stiftung Wissenschaft und Politik Ende der neunziger Jahre prägend tätig war.

Timmermann war einer der produktivsten Osteuropaspezialisten; er hat eine beeindruckende Zahl von Beiträgen in Zeitschriften und Sammelbänden wie dem hier besprochenen publiziert und hielt unermüdlich Vorträge auf deutschen und internationalen Konferenzen. In den letzten Jahren widmete er sich insbesondere dem Verhältnis von Russland und der Europäischen Union sowie der schwierigen politischen Entwicklung in Weißrussland. Für Timmermann gab es keine Alternative zu einem konstruktiven Verhältnis zwischen den beiden Hauptakteuren auf dem europäischen Kontinent. Dafür hat er gelebt und geschrieben. Wir werden ihn und seine Diskussionsbeiträge vermissen!

Zu dem hier besprochenen Band über das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den GUS-Staaten hat Heinz Timmermann einen seiner letzten Aufsätze beigetragen. Er setzt sich darin mit den Beziehungen zwischen der EU

und Weißrussland auseinander und geht insbesondere auf die inneren Verhältnisse in Weißrussland und die sich daraus ableitenden Herausforderungen für die europäische Politik ein. Im Zentrum steht die politische Entwicklung unter Alexandr Lukašenko, der seit anderthalb Jahrzehnten das Land autoritär regiert und seit dem Sturz von Milošević als letzter Diktator Europas gilt. Lukašenko hat seit Mitte der 1990er Jahre eine »Machtvertikale« entwickelt und stabilisiert; die zerstrittene demokratische Opposition wird durch polizeistaatliche Methoden marginalisiert.

Immer wieder verstand es Lukašenko mit dem großen Nachbarn Russland zu spielen. Zwar sollte Weißrussland bereits in der Regierungszeit Jelzins integraler Bestandteil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten werden, doch kam die Integration nie über einige wenige Bereiche – darunter die Polizeikooperation – hinaus. Lukašenko bremste den Vereinigungsprozess ab, als er zu Beginn dieses Jahrzehntes merkte, dass mit Putin ein neuer Wind in Russland wehte; eine Nebenrolle wollte er im Unionsstaat nicht spielen. Doch sind verbilligte Gaslieferungen aus Russland für die weißrussische Wirtschaft von großer Bedeutung, wengleich dies nicht der einzige Faktor ist, der die weißrussische Position gegenüber Russland bestimmt.

In der Außenpolitik versuchte Lukašenko in den letzten Jahren seine Unabhängigkeit zu demonstrieren. Bislang hat er die beiden völkerrechtlich zu Georgien gehörenden Gebiete Abchasien und Südossetien – anders als von Russland gefordert – nicht anerkannt. Die Europäische Union hat gegenüber Lukašenko zunächst über Jahre eine Politik der Isolation betrieben, bis hin zu Einreiseverboten für Spitzenfunktionäre des Regimes. Einzelne Mitgliedsstaaten wie Deutschland haben diese Politik jedoch durch niedrigschwellige Angebote zur Zusammenarbeit ergänzt oder gar konterkariert. Der Beitrag schließt mit drei Szenarien: Kontinuität, demokratischer Regimewandel oder gewaltsame Repression eines demokratischen Ausbruch, die ein Licht auf die Ratlosigkeit aller mit Weißrussland Befassten werfen. Eine gewaltsame Demokratisierung wie im serbischen Fall schließt Timmermann – wahrscheinlich zu Recht – aus.

Neben den Beiträgen zu Moldau, Kaukasus und Zentralasien stechen die beiden Aufsätze zur Ukraine von Winfried Schneider-Deters und zu Russland von Peter W. Schulze nicht nur wegen ihres Umfangs hervor. Schneider-Deters, früher Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew und ein renommierter Kenner des Landes, legt den Akzent auf das aktuelle innenpolitische Dilemma der Ukraine: Wie soll das Land mitten in einer Wirtschaftskrise mit dem außenpolitischen Konflikt über russisches Gas umgehen? Die ukrainische Gemengelage ist noch schwerer nachvollziehbar als die Situation in den anderen slawischen Republiken. Zu berücksichtigen sind Korruption, politische Unfähigkeit, die Gegensätze zwischen verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen sowie dem Osten und Westen des Landes. Hinzu kommt: Die geographische Lage der Ukraine provoziert nachgerade eine Einflussnahme sowohl durch die westlichen als

auch die östlichen Nachbarn, wodurch sich die innenpolitische Situation weiter verkompliziert.

Detailliert beschrieben wird die politische Entwicklung seit der Präsidentschaft Leonid Kučmas, und ein besonderes Schwergewicht liegt auf der Zeit seit der Orangen Revolution. Die politischen Akteure werden zumeist von taktischen und damit kurzfristigen Zielsetzungen getrieben, die mit ökonomischen Interessenlagen verknüpft sind. Letzteres manifestiert sich nicht nur in ständigen Koalitionswechslern sondern auch in unklaren politischen Kompetenzen. Hinzu kommt, dass Zweifel an der politischen Befähigung mancher Akteure durchaus angebracht sind.

Die Ukraine ist der Einflussnahme durch die Europäische Union und auch durch Russland ausgesetzt. Ukrainische Angelegenheiten sind – dies lässt sich tagtäglich beobachten – faktisch Gegenstand russischer Innenpolitik. Andererseits hat sich bei einem Teil der ukrainischen Gesellschaft eine Westorientierung – einschließlich der Zielsetzung der Mitgliedschaft in NATO und EU – entwickelt. Diese Position wird insbesondere innerhalb des »orangenen Lagers« vertreten. Doch die NATO und, was viel wichtiger ist, die EU beantwortet das ukrainische Werben um Mitgliedschaft mit Zurückhaltung. Die NATO hat immerhin die Aufnahme irgendwann in der Zukunft in Aussicht gestellt. Die EU dagegen hat mit der Nachbarschaftspolitik die Möglichkeit einer Aufnahme zunächst von der Tagesordnung abgesetzt und damit der ukrainischen Innenpolitik einen Orientierungspunkt genommen. Eine andere Möglichkeit wären Beitrittsverhandlungen nach türkischem Modell ohne Abschlussdatum und mit offenem Ausgang gewesen, hätte die EU weiterhin eine wichtige Rolle spielen wollen. Bedauerlich ist, dass der Beitrag die Rolle der USA in der ukrainischen Gemengelage weitgehend ausblendet.

Peter W. Schulze, der mit Heinz Timmermann auch die Einleitung zu diesem Band verfasste, stellt das russisch-europäische Verhältnis in den Mittelpunkt seiner Analyse. Schulze, der die Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland ein Jahrzehnt lang vertrat, ist sicherlich einer der besten Kenner des Landes und der Beziehungen zwischen der EU und Russland. Behandelt wird die Entwicklung Russlands seit dem Ende der chaotischen und keinesfalls mit Demokratie zu verwechselnden Jelzin-Phase. Die beiden Geburtsfehler der russischen Staatsbildung seit Anfang der 1990er Jahre waren die Vermachtung der Wirtschaft mit der Entwicklung oligarchischer Strukturen sowie die Entstehung weitgehend unabhängig agierender regionaler Eliten. Diesen zentrifugalen Tendenzen trat Putin bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft mit dem Projekt einer autoritären Modernisierung unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen entgegen. Ideologisch stand für dieses Projekt zunächst das Schlagwort der »gelenkten Demokratie«, ein Terminus, der Mitte des Jahrzehnts von der »souveränen Demokratie« abgelöst wurde. Die souveräne Demokratie ist eine Konzeption, die auf Ausarbeitungen von Sukov basiert, deren Entwicklung sich als Reaktion auf die Orange Revolution in

der Ukraine deuten lässt, und die als ideologisches Instrument gegen Einmischungen von außen konzipiert ist.

Putin nutzte seine Popularität, die sich der innenpolitischen Stabilisierung und der diese begleitenden wirtschaftliche Dynamik verdankt, um die außenpolitische Interessenlage Russlands deutlich zu machen. Diese unterscheidet sich klar von der der EU, und neu ist auch die Distanzierung von der Unterordnung früherer Jahre. Die EU ist indessen uneins über Russland, verfügt nicht über eine klare Konzeption und ist mit den Folgen der Erweiterungsrunden beschäftigt. Russland hat wiederum in den letzten Jahren eine außenpolitische Dynamik entwickelt, auf die die anderen europäischen Staaten noch keine klare und konstruktive Antwort gefunden haben. Wie sich dieses Verhältnis in Zeiten einer schweren Krise entwickelt, bleibt abzuwarten.

*Frank Schauf,*  
*Moskau*

**STANISLAWA GOLINOWSKA / PETER HENGSTENBERG /  
MACIEJ ZUKOWSKI (eds.):**

**Diversity and Commonality in European Social Politics:  
The Forging of a European Social Model**

Warsaw 2009

Wyd. Naukowe Scholar & Friedrich-Ebert-Stiftung, 423 p.

**T**his collaborative study has the ambitious goal of providing a new interpretation and analysis of European social policy since the »Eastern« enlargement of the European Union in 2004 and 2007. It covers six countries, three of which – France, Germany, and Denmark – represent the older Western European democracies, while the other three are former communist states, namely Poland, Czech Republic, and Estonia. The authors, all recognized experts in the field, conduct a comprehensive review of all aspects of the welfare state – social security, health care, education, public assistance programs, and related social services – in these countries. As a result, the book stands out from other publications of this type. Also in contrast to other studies, which are usually much more narrowly focused thematically, it highlights demographic trends, poverty levels, patterns of inequality, and labor market policies. This crucial contextual information enables the reader to better understand the challenges and opportunities characterizing various social policy reforms undertaken in European countries in recent years.

There are several important reasons why this book might be regarded as a pioneering work, opening up a new type of discourse among scholars and experts specializing in the European welfare state. First and foremost, two of its editors are leading scholars from Poland, and it offers a fresh perspective on the Euro-

pean Social Model that is not restricted in geographical scope to the established Western democracies. The country selection is especially noteworthy because it gives the reader a good insight into the diversity and complexity of contemporary welfare states in the wider, enlarged Europe. While Germany and France showcase the difficulties of reforming old and relatively generous Bismarckian welfare states, Poland stands out both as the largest postcommunist democracy and in terms of its efforts to sustain a similar institutional model but at a much lower level of economic development. It is struggling with significant challenges arising from unfinished health care reform, a huge pension burden, new types of structural poverty, and unemployment. The Czech Republic furnishes a relatively successful example of an egalitarian welfare state with residual social democratic traditions, now tempered by neoliberal reform pressures in a postcommunist context. Finally, Denmark and Estonia represent contrasting cases of small European countries with many similar goals, especially in the development of modern and comprehensive family policies, but also with distinct historical legacies and vast differences in terms of economic resources and contemporary ideological preferences concerning the realization of these goals.

Moreover, all contributors to the volume succeed especially well in dispelling three popular myths concerning the social policy consequences of the recent European enlargement. First, many scholars, including some from Eastern Europe, anticipated a strong drive towards the transfer – even imposition – of Western models of social policy to the new member states. Desirable as such transfers might be, they were eventually judged premature and often simply incompatible with historical traditions, contemporary circumstances of fiscal austerity, and the urgent need for rapid economic growth. Second, there were widespread fears of increased social costs – to be incurred by the Western European welfare states – arising from labor migration from east to west in the wake of accession. As Professors Golinowska and Zukowski remind us in the introduction, these have proven grossly exaggerated. The third myth concerns the potential role of the new member states as »Trojan horses« of American-style neoliberalism that could serve to undermine the pro-welfare orientation of the older EU member states and the European Union as a whole. In the end, the Eastern welfare states have adopted some new, market-friendly solutions to their social policy problems but mostly without undermining the basic features of their domestic versions of the European Social Model.

Indeed, as the authors of the book show, we have witnessed the emergence of a renewed or reinvented European Social Model that is still based on many fundamental common values, such as social solidarity, active employment agendas, basic income guarantees, full coverage against all major risks, widespread access to health services, and free compulsory education for all children and young people. All the authors, including the specialists on Central and Eastern Europe, supply ample evidence that in each of the countries analyzed serious attempts are

being made to realize these ambitious goals. Despite huge discrepancies in economic resources across Europe, everywhere there is a discernible commitment to high social spending, sometimes even higher than might otherwise be expected, especially in poorer states such as Poland or Estonia. Although the policy outcomes are rather mixed and serious problems persist, these efforts cannot merely be dismissed in the context of the industrialized world as a whole.

Furthermore, this work deserves special praise for its critical perspective on the problems hindering further improvement and expansion of social protection – as well as social inclusion – in the European Union. All contributors to the volume acknowledge serious difficulties in reforming national welfare states in both Eastern and Western countries, but they also make valuable points concerning the often indirect and barely detectable influences of EU policies, directives, and occasional court rulings. They enable us to better understand these problems as the products of cross-cutting policy agendas and policy-making practices at the subnational, national, and EU levels. Thus, aside from its significance as a novel perspective on the European Social Model – now understood as an amalgam of interconnected social policy traditions from both Western and East-central Europe with common underlying ideas and goals – this study presents a complex but highly illuminating picture of the evolving systems of welfare protection at the beginning of a new, more globally aware century. Unable to change national institutional trajectories and welfare ideologies, supranational agents (the EU) can nonetheless force nations to make accommodations in labor and social policies, not so much overriding the distinct features of each country as constantly reminding all Europeans of the ambitious goals and traditions that they share. Making us aware of these complex processes with the help of rich and up-to-date empirical evidence is perhaps the greatest contribution of this book. I recommend it highly to scholars and experts on comparative social policy around the world.

*Tomasz Inglot,  
Minnesota State University, USA*

**MARTIN HÖPNER/ARMIN SCHÄFER (Hrsg.):  
Die Politische Ökonomie der Europäischen Integration**

Frankfurt a. M. 2008

Campus Verlag, 448 S.

In den europäischen Mitgliedsstaaten hat das Zusammenspiel von Politik und Ökonomie zur Herausbildung einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler »Produktions- und Verteilungsregime« geführt, die auch als Spielarten des Kapitalismus (»varieties of capitalism«) bezeichnet werden. Dem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum, der in den letzten Jahrzehnten immer enger zusam-

mengewachsen ist, wird dementsprechend ein breites Spektrum an nationalen Sozialmodellen entgegengestellt. Besonders im Zuge der EU-Osterweiterung hat sich die institutionelle Heterogenität erheblich vergrößert. Es stellt sich die Frage, wie ein nahezu vollständig integrierter Wirtschaftsraum mit einer solchen Situation der institutionellen Diversifizierung umgeht und welche Folgen sich daraus für die Produktions- und Verteilungsregime der Mitgliedstaaten ergeben. Das Buch »Die Politische Ökonomie der Europäischen Integration« greift diese Problematik auf und stellt sie an den Ausgangspunkt der Analyse. Vor diesem Problemhorizont geben die Beiträge des Sammelbandes umfangreiche Einblicke in die wirtschaftlich-institutionellen Dynamiken europäischer Integration.

Zur Annäherung an diesen komplexen Prozess werden Methoden, Theorien und Ergebnisse der vergleichenden Politischen Ökonomie auf Fragen des europäischen Integrationsprozesses angewendet. Der Band stellt eine beachtliche Zusammenfassung des Forschungsstands zur politischen Ökonomie der europäischen Integration in Deutschland dar. Mit dem Ziel, Liberalisierungstendenzen von Wirtschafts- und Sozialordnungen auf nationaler und europäischer Ebene zu erklären, werden Politik und Ökonomie institutionalistisch zusammengeführt und in diesem Transfersystem analysiert. Das Begriffsverständnis der Politischen Ökonomie ist deshalb entsprechend breit gefasst. In einer Fußnote verweisen die Herausgeber darauf, dass Politische Ökonomie als »Synonym für ein Produktions- und Verteilungssystem beziehungsweise für eine ›Spielart des Kapitalismus« verwendet wird und sich damit ganz allgemein auf die »komplexen Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und politischen und gesellschaftlichen Institutionen« bezieht (S. 11). Wie das so ist mit breiten Begrifflichkeiten, sie lassen großen methodischen Freiraum, aber bleiben eben auch etwas unscharf in den Analysen selbst. Ohne explizit darauf zu verweisen, beschränken sich die Autoren bei ihren Untersuchungen zur Auswirkung der europäischen Integration zudem überwiegend auf das »kontinentaleuropäische« Wirtschafts- und Sozialmodell, das hier als ein Paradigma des koordinierten Kapitalismus verwendet wird.

Der Band ist in vier thematische Teile untergliedert. Diese tragen sowohl den Institutionen und Akteuren europäischer Integration als auch den Inhalten integrierter Politikbereiche Rechnung. Im ersten Schritt setzt sich das Buch mit den Dynamiken europäischer Marktintegration auseinander und versucht dabei, die Asymmetrie zwischen Liberalisierung und Regulierung zu begreifen.<sup>1</sup> Die Erklärung der Integrationsdynamik wird überwiegend in der Asymmetrie von »positiver« und »negativer« Integration gesehen – also vornehmlich auf ein institutionelles Ungleichgewicht zu Gunsten marktschaffender Mechanismen zurückgeführt und damit als der Logik der europäischen Integration innewohnend verstanden. Während die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof, die

---

1. Die Autoren der Beiträge im ersten Teil sind Fritz Scharpf, Susanne Schmidt und Martin Höpner/Armin Schäfer.

als Motoren der »negativen« (also marktschaffenden) europäischen Integration agieren, weitreichende legislative und judikative Befugnisse im Zusammenhang mit der Umsetzung der Marktfreiheiten besitzen, hängen regulative Eingriffe in den europäischen Wirtschaftsraum dagegen weitgehend von einer kaum zu erlangenden Einstimmigkeit im Ministerrat ab (Scharpf, S. 49). Mit diesem Erklärungsansatz lässt sich zwar begründen, wie das europäische Institutionengefüge die Richtung von Europas Integration beeinflusst. Eine Erklärung für die Interessen, die hinter den Handlungen der Akteure stehen, beziehungsweise dafür, wie sich diese Interessen formieren, bietet die Herangehensweise dagegen nicht.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit den Akteuren, die im Kontext der europäischen Integration nationale und europäische Wirtschafts- und Sozialordnungen prägen.<sup>2</sup> Jenseits der klassischen europäischen Gemeinschaftsorgane liegt der Fokus hier auf den Akteuren, die potentiell ein politisches Gemeinwesen in Europa schaffen könnten – Parteien, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Es wird die Frage gestellt, inwiefern diese Akteure trotz hoher institutioneller Hürden auf europäischer Ebene als Protagonisten eines regulierteren Kapitalismus auftreten können. Die Einschätzungen der Autoren tendieren auch hier zu Pessimismus. Marks und Hooge begründen in ihrem Beitrag Liberalisierungstendenzen im Zuge der Integration mit der Interessenheterogenität potenzieller »Unterstützerkoalitionen« für stärkere Regulierung im europäischen Kontext (S. 199f). Schäfer und Streeck suchen die Begründung für die marktregulierende Unterentwicklung im politischen System der EU selbst. »Das politische Mehrebenensystem der EU mit seinem fragmentierten Entscheidungszentrum bietet Partikularinteressen zahlreiche Ansatzpunkte« (S. 230). Dadurch, so ihr Argument, wird die EU zu einem »pluralistische[n] Regime der Interessenpolitik« (ebd.), das die Institutionalisierung wirtschaftlicher Interessen, zum Beispiel in Gestalt von Gewerkschaften, verdrängt.

Im dritten Teil des Bandes werden die Potenziale der »positiven« Integration erörtert und somit die marktgestaltenden Maßnahmen der EU in den Vordergrund gerückt<sup>3</sup> – das sind vor allem sozialpolitische Bereiche. Generell unterscheiden die Autoren im Hinblick auf Sozialpolitik zweierlei Maßnahmentypen: Umverteilung (als Kernaufgabe des Wohlfahrtsstaates) und Regulation. Da die finanziellen Mittel der EU recht limitiert sind, belaufen sich europäische Anstrengungen auf regulative Bestimmungen. In diesem Zusammenhang werden die Regelungsinhalte einschlägiger Politikfelder analysiert. Es zeigt sich deutlich, besonders im Hinblick auf die Steuerpolitik, dass Regulierung in der EU unterentwickelt ist und sich nur soweit manifestiert, wie diese zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten von Konsens getragen wird. Aus den Herausforderungen, die

2. Die Beiträge im zweiten Teil wurden verfasst von Liesbet Hooghe/Garry Marks, Armin Schäfer/Wolfgang Streeck und Guido Tiemann.
3. Die Potenziale der Positiven Integration werden diskutiert von Maarten Keune, Steffen Ganghof/Philipp Genschel und Stefan Leibfried/Herbert Obinger.

sich durch institutionelle und akteursbezogene Einschränkungen für europäische Sozialpolitik ergeben, sind neue »weiche« Formen einer europäischen Governance hervorgegangen, für die die sogenannte Offene Methode der Koordinierung (OMK) das beste Beispiel ist. Im Bereich der Beschäftigungspolitik bietet sie eine Vergleichsmethode an, um »Best Practices« ausfindig zu machen (Keune, S. 289). Zu Recht hinterfragt Keune die Eignung der OMK als sozialpolitisches Instrument der EU, denn »Best Practices« orientieren sich an Zielen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Diese, so das Argument, baut in ihrer Forderung nach Flexibilität und erhöhter Beschäftigungsfähigkeit auf der Annahme auf, dass »Probleme auf dem Arbeitsmarkt weitgehend durch die individuellen Eigenschaften der Erwerbslosen verursacht werden«. Damit beschäftigt sie sich eher mit den Hindernissen, »die einem reibungslosen Funktionieren der Märkte im Wege stehen, als [damit], Marktregeln zu formulieren« (S. 290f).

Die Beiträge des vierten Teils setzen sich abschließend mit der politischen Ökonomie der europäischen Währungsunion auseinander.<sup>4</sup> Die Sonderbehandlung dieses Politikfeldes in einem separaten Teil des Buches ist mit Blick auf die weitreichenden Auswirkungen einer supranationalen Geldpolitik auf die nationalen Wirtschafts- und Sozialmodelle durchaus gerechtfertigt. Während die Geldpolitik mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung auf europäischer Ebene in den Händen der Europäischen Zentralbank (EZB) zentralisiert wurde, verbleiben Finanz- und Lohnfindungspolitik in nationalstaatlicher Verantwortlichkeit. Das geldpolitische »one-size-fits-all«-Modell der EZB, das den Euroraum als aggregierte Gesamtgröße versteht (Enderlein, S. 415), wird herangezogen, um den Druck auf nationale wirtschaftspolitische Instrumente der Lohnfindung und Finanzplanung zu erklären (ebd., S. 417). Da der »Währungsintegration in einem stark heterogenen Wirtschaftsraum« kein Instrument makroökonomischer Regulierung entgegengesetzt ist, werden nationale wirtschaftliche Institutionen zu einer Anpassung gezwungen, die in der Regel auf Deregulierung und Marktschaffung hinausläuft (ebd., S. 444).

Insgesamt stellt der von Höpner und Schäfer herausgegebene Sammelband einen äußerst lesenswerten Beitrag zur europäischen Integrationsliteratur dar. Im Vergleich mit der bestehenden Literatur zu diesem Thema bietet das Buch analytisch fundierte Kritikansätze der wirtschaftlich-institutionellen Dynamik, die sonst oftmals nur wenig hinterfragt und in einem bislang recht einseitig liberalen Diskurs schon um ihrer selbst willen als positiv verstanden werden. Für eine aktive sozialpolitische Gestaltung des Integrationsprozesses stellt eine solche Kritik eine unabdingbare Voraussetzung dar. Im methodischen Korsett der Vergleichenden Politikwissenschaft gründen die Autoren ihre Untersuchungen bezüglich der Liberalisierungstendenzen im Zuge europäischer Integration jedoch einseitig auf nach innen gerichtete Erklärungsansätze. Die Bedeutung einer

---

4. Der vierte Teil beinhaltet Beiträge von Peter Hall/Robert Franzese und Henrik Enderlein.

internationalen Perspektive und die Einflüsse von Globalisierung auf die internen Dynamiken europäischer Integration einerseits und auf die Veränderung nationaler Wirtschafts- und Sozialmodelle andererseits werden dabei leider etwas vernachlässigt. Das Buch gibt dennoch einen umfassenden Überblick über die relevanten Fragen der europäischen Integration. In Anbetracht der zunehmenden Krisentendenzen in und außerhalb der EU ist dieses Buch umso wichtiger für das Verständnis institutioneller Blockademechanismen und der dadurch wachsenden Gefahr eines Scheiterns der Union.

*Henrike Allendorf,  
Berlin*

**TOBIAS GOMBERT u. a.:**

### **Grundlagen der Sozialen Demokratie**

Bonn 2008

Friedrich-Ebert-Stiftung, 157 S.

**D**ass im sogenannten Superwahljahr 2009 die programmatischen und strategischen Suchbewegungen und Abgrenzungsversuche der Parteien zunehmen, verwundert unter Wettbewerbsgesichtspunkten nicht. Ein Blick zurück auf die vergangenen Jahre seit der letzten Bundestagswahl 2005 verdeutlicht allerdings, welchen tief greifenden Prozess der Identitätsfindung insbesondere die Großparteien durchlaufen. So verabschiedeten CDU und SPD 2007 neue Grundsatzprogramme. Am intensivsten verlief die programmatische Erneuerung aber bei der Sozialdemokratie. Einerseits konnte die SPD 2007 zwar den seit 1999 andauernden langwierigen Programmprozess mit dem »Hamburger Programm« – dem nunmehr achten Grundsatzprogramm der Parteigeschichte – abschließen. Andererseits verlief ihr Selbstverständigungsprozess aufgrund der teils stark kontroversen rot-grünen Regierungsjahre und neuer Parteienkonkurrenz in Form der Linken besonders tief. Die notwendigen Reflexionsleistungen unter einer Großen Koalition vollziehen zu müssen, erhöhte dabei sicherlich noch den Bedarf einer Identifizierung des sozialdemokratischen Wesenskerns, welcher im Hamburger Programm als »Soziale Demokratie« formuliert wird.

Nur in diesem Diskurs um neue Sinn und Orientierung stiftende Grundzüge der sozialdemokratischen Idee ist die vorliegende Publikation sowie die hinter dieser stehende Akademie für Soziale Demokratie (ASD) zu verstehen und vor allem zu würdigen. Nun kann man sicherlich darüber streiten, inwiefern die parteinahen Stiftungen gegenüber den ihnen nahestehenden Parteien die Funktion von Think Tanks übernehmen können, nichtsdestotrotz nimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit dem Qualifizierungsprojekt ASD seit 2006 eine Vorreiterrolle in der Durchdringung und vor allem der Vermittlung der gegenwärtigen Leitvor-

stellung der Sozialdemokratie ein: dem Denkmodell der Sozialen Demokratie. Die politische Bildungsarbeit der Akademie orientiert sich an drei Zielen: einer theoretisch fundierten, aber praxisnahen Vermittlung der Grundfragen Sozialer Demokratie, der Identifikation mit den zugehörigen Grundwerten sowie der Stärkung der Motivation zum politischen Handeln. Dies alles ist ausgerichtet an einer nach Politikerfahrung, Bildungsbiographie und Qualifikationsstand heterogenen Zielgruppe von ehren- und hauptamtlich Engagierten.

An diesem Ziel, Orientierungs- und Handlungskompetenz in Fragen Sozialer Demokratie zu vermitteln, orientiert sich in überzeugender Weise die Struktur des vorliegenden Bandes, der seinem Anspruch, ein grundständiges Lehr- und Arbeitsbuch zu sein, durchaus gerecht wird. Erarbeitet wurde es von einem elfköpfigen Autorenteam unter der Redaktion von Julia Bläsius, Tobias Gombert, Christian Krell – der zugleich Leiter der ASD ist – und Martin Timpe. Dieser erste Band zu den Grundlagen Sozialer Demokratie stellt den Auftakt zu einer Reihe von Lesebüchern zu Seminarmodulen der ASD dar. Anfang 2009 soll das Lesebuch zum Modul »Wirtschaft und Soziale Demokratie« erscheinen, weitere Bände zu Themenkomplexen wie »Sozialstaat und Soziale Demokratie« oder »Europa und Soziale Demokratie« sollen folgen.

Zu Beginn des Bandes wird ein erster Versuch unternommen, sich dem Begriff Sozialer Demokratie zu nähern. Schnell werden Fluch und Segen des Begriffes deutlich. Einerseits scheint er unscharf, hoch assoziativ aufgeladen, und es fehlt sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Diskurs eine verbindliche und von allen anerkannte Definition. Andererseits bietet sein umkämpfter Charakter Anknüpfungspunkte an existente gesellschaftliche Wertvorstellungen sowie eine Ausgangsbasis für Auseinandersetzungen über die sozialen und demokratischen Züge der Gesellschaft und des politischen Systems. Dieser festgestellten Unbestimmtheit soll auf drei Ebenen – (1) normativ, (2) theoretisch und (3) empirisch – begegnet werden, die zugleich die Gliederung der Publikation bestimmen.

Als normativer Ausgangspunkt der Darstellung fungieren die Grundwertetriade aus Freiheit, Gleichheit/Gerechtigkeit und Solidarität sowie die Menschenrechte, respektive die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte. Eine erste wesentliche Problematisierung der Autoren stellt hierbei das Verhältnis von Norm und realisierter Praxis dar. Zur Interpretation der Grundwerte werden verschiedene ideengeschichtliche Klassiker sowie zeitgenössische Beiträge zur politischen Theorie herangezogen und diskutiert sowie die ermittelten Anforderungen an eine Soziale Demokratie mit dem Hamburger Programm und konkurrierender Grundsatzprogrammatik kontrastiert. Zur Illustration dienen gegenwärtige Kontroversen (beispielsweise »Bürgerversicherung versus Kopfpauschale«). Das Anliegen der Autoren: Grundwerte bedürfen der Praxis und sie können lediglich erste normative Grenzen ziehen. Das Bild einer Sozialen Demokratie allerdings bedarf mehr, nämlich der Hinzuziehung

von Gesellschaftsmodellen. Als Überleitung zum wesentlichen Abschnitt des Buches – der Formulierung einer Theorie der Sozialen Demokratie – dient neben der Abgrenzung von liberalen und konservativen Gesellschaftsvorstellungen insbesondere ein historischer Exkurs zu den Diskursen der Arbeiterbewegung. Im Fokus der Ausführungen steht dabei das Spannungsverhältnis zwischen Marktkapitalismus und Demokratie, die Positionierungen der Gesellschaftsmodelle in diesem sowie die ihnen jeweils zugrunde liegenden Menschenbilder.

Die Autoren betonen stets die ideengeschichtlichen Kontinuitäten einer Denktradition Sozialer Demokratie und knüpfen an diese mit der theoretischen Ebene an. Hier werden unter Bezug auf Thomas Meyers »Theorie der Sozialen Demokratie« konkrete Anforderungen an ein Denkmodell Sozialer Demokratie getätigt: »Als Denkmodell muss Soziale Demokratie den Anspruch haben, wissenschaftlich fundiert die Normen und Werte, ihre Umsetzung in Grundrechte und ihre Realisierung in unterschiedlichen Ländern zu untersuchen und konsistent darzustellen.« (S. 88) Betont wird ausdrücklich der Doppelcharakter des Begriffes Soziale Demokratie: einerseits »Grundbegriff der Demokratietheorie«, andererseits »richtungspolitisches Programm«, dessen Realisierung keinesfalls beschränkt auf sozialdemokratische Parteien ist, sondern in einem breiten Diskurs verortet werden muss. Dieser dreht sich unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten um die Kontroverse zwischen den Vorstellungen einer Libertären Demokratie und einer Sozialen Demokratie, welche trotz gleicher liberaler Wurzeln differente Definitionen von Freiheitsrechten hervorgebracht haben. Auf der Grundrechte-Ebene soll die Begründung Sozialer Demokratie formuliert werden, da diese in der Trias aus Grundwerten, Grundrechten und Instrumenten größtmögliche Universalität bedeutet. Dies steht im Gegensatz zum variablen und kulturspezifischen Begründungspluralismus der Grundwerte. Der Kern der Theorie ist somit identifiziert: die Differenzierung Libertärer und Sozialer Demokratie nach dem Verhältnis von negativen und positiven Freiheitsrechten zueinander. Der Libertären Demokratie wird ein absoluter Vorrang negativer Freiheitsrechte (abwehrende, formale Rechte gegenüber Staat und Gesellschaft) gegenüber positiven (ermöglichende, soziale Rechte) zugewiesen. Anders die Soziale Demokratie: »Negative und positive Freiheitsrechte müssen gleichrangig berücksichtigt werden, wenn sie für alle formal gelten und wirken sollen.« (S. 102) Dem Staat und nicht dem Markt wird die entscheidende Rolle in der Realisierung zugewiesen. Er wird verpflichtet, den Ausgleich zwischen positiven und negativen Freiheitsrechten sowie ihre Umsetzung zu leisten. Drei wesentliche Dimensionen umfasst dabei diese Handlungsverpflichtung: eine universell zugängliche soziale Infrastruktur, Umverteilung kollektiver Güter zur Erhöhung der Verwirklichungschancen der Individuen sowie eine demokratisch eingebettete Marktwirtschaft. Die Verwirklichung von Freiheitsrechten verläuft dabei nicht nach einem bestimmten Schema, sondern Soziale Demokratie muss verstanden werden als ein »offenes Modell«, welches den »Kompass für politisches Handeln justiert,

durch das dann konkrete Freiheitsrechte mit differierenden Instrumenten möglichst weitgehend umgesetzt werden können.« (S. 106)

Hieran schließt nun die empirische Ebene der Betrachtung verschiedener Ländermodelle an. Die USA, Großbritannien, Deutschland, Japan und Schweden werden hier in ihren politischen und wohlfahrtsstaatlichen Grundzügen dem Denkmodell einer Sozialen Demokratie unterzogen, um ihren Realisierungsgrad der Freiheitsrechte zu überprüfen. Die Pole nehmen hierbei die USA als »in ihren Grundzügen nahezu libertäres Land« sowie Schweden als »hoch-inklusive Soziale Demokratie« ein. Deutschland wird eine mittlere Stellung als »mittel-inklusive Soziale Demokratie« zugewiesen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass den Autoren ihr nicht leichtes Unterfangen, eine pointierte Abhandlung der theoretischen Grundlagen einer Sozialen Demokratie in Form eines Lehrbuches für eine zutiefst heterogene Zielgruppe zu verfassen, gelungen ist. Der Band besticht dabei insbesondere durch die anwendungsorientierte Aufarbeitung der Inhalte. Ein transparenter Umgang mit der Literaturgrundlage, eine umfassende Bibliographie, zahlreiche Schaubilder, ausgewiesene Zwischenschritte, biographische Notizen zu den einzelnen Theoretikern und insbesondere praxisnahe programmatische Beispielkontroversen aus gegenwärtigen Diskursen bieten sowohl zur Begleitung der Seminare der ASD als auch unabhängig von diesen eine erste Richtschnur politischen Denkens und Handelns.

*Michael Reschke,  
Universität Kassel*

## **DREW WESTEN:**

### **The Political Brain. The Role of Emotion in Deciding the Fate of the Nation**

New York 2008

Public Affairs, 496 S.

**A**merika hat gewählt und der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama gewonnen. Warum? Barack Obama verstand es während seines Wahlkampfes, die Menschen zu mobilisieren, ihrem Wunsch nach Veränderung zu begegnen, ihnen eine Vision zu geben; seine starke Persönlichkeit, seine rednerischen Fähigkeiten und seine moralische Tiefe haben in den letzten Monaten nicht nur die amerikanischen Wähler begeistert. Gleichzeitig haben acht Jahre Bush-Regierung mit ihrer oft unpopulären Politik tiefe Spuren hinterlassen und den Weg für einen demokratischen Sieg geebnet. Welche Faktoren sind es also, die über den Ausgang einer Wahl entscheiden? Dieser Frage hat sich der amerikanische Psychologie-Professor Drew Westen auf ungewöhnliche Weise angenom-

men: Aus seinem neurologischen und psychologischen Wissen schöpfend, untersucht er die Rolle von Emotionen in der Politik. In seinem Buch »The Political Brain« widmet er sich der Geschichte des us-amerikanischen Wahlkampfes aus Sicht eines Anhängers der demokratischen Partei. Er erklärt, woran Kandidaten in der Vergangenheit gescheitert sind, und gibt Anweisungen für einen erfolgreichen Wahlkampf in der Zukunft. Denn hierzu, so Westens Hauptthese, bedarf es nicht nur guter Argumente; vielmehr geht es um Emotionen, um das Erreichen der Herzen, um ein positives Bauchgefühl. »The political brain is an emotional brain« – das politische Gehirn ist schließlich ein emotionales Gehirn. Westen, der selbst viele klinische Studien geleitet und sich jahrzehntlang mit den Abläufen in unseren Köpfen beschäftigt hat, wendet sein medizinisches Fachwissen an, um die Verläufe verschiedenster Wahlkämpfe zu erklären: »This simple reorientation toward mind, brain, and emotion suggests a very different way of thinking about electoral campaigns. You can slog it out for those few millimetres of cerebral turf that process facts, figures, and policy statements. Or you can take your campaign to the broader neural electorate, collecting delegates throughout the brain and targeting different emotional states with messages designed to maximize their appeal.« (S. 88)

Ziel eines jeden Wahlkampfes, so Westen, muss es sein, Vernunft und Emotionen miteinander zu verbinden. Aus diesem Grund sind Wortwahl, Stimme, Bilder und Klänge ebenso wichtig für eine erfolgreiche Kampagne wie ihr Inhalt; wir wählen mit dem Herzen, nicht mit dem Kopf. Dementsprechend können Politiker Wahlen nur dann gewinnen, wenn sie emotional argumentieren, wenn sie es schaffen, die Wählerschaft zu mobilisieren, wenn sie ihnen nicht nur Sachargumente liefern, sondern ebenso ihre Emotionen ansprechen. Zwar können wir die Struktur des Gehirns nicht verändern, jedoch die Art, es anzusprechen: »Reason is a slave to emotion, not the other way around.« (S. 15)

Westen, seinerseits ein überzeugter Demokrat, vermerkt allerdings auch, dass die Republikaner dies in der Vergangenheit weitaus besser verstanden haben als seine eigene Partei. Obwohl moralisch und intellektuell überlegen, scheitern die Demokraten immer wieder an der Vermittlung ihrer Werte – für Westen ein zutiefst frustrierendes Phänomen. So haben demokratische Kandidaten und ihre Berater jahrzehntlang – mit Ausnahme der Clinton-Ära – immer auf jene Werte gesetzt, die seit der Aufklärung in intellektuellen Kreisen vorherrschend sind: Vernunft, Argumente, Inhalte. Doch genau in diesem Bekenntnis zur Rationalität sieht Westen ihr größtes Hindernis.

Die amerikanische Politiklandschaft empfindet er als von einem tiefen Widerspruch geprägt: Wenn die Demokraten intellektuell überlegen sind, wenn ihre moralischen Werte eher denen der amerikanischen Bevölkerung entsprechen, und wenn ihre Politik Arbeiterklasse und Mittelstand eher berücksichtigt als die der Konservativen, wie ist es dann möglich, dass genau diese Bevölkerungsgruppen zu großen Teilen für die Republikaner stimmen – eben für jene Partei, die sich vor

allem den Interessen der Wohlhabenden verbunden fühlt. »The paradox of American politics is that when it comes to winning hearts and minds, the party that views itself as the one with the heart (for the middle class, the poor, and the disenfranchised) continues to appeal exclusively to the mind.« (S. 44)

Westen macht die Unfähigkeit, emotional mitreißende Wahlkämpfe zu führen, für diesen Zustand verantwortlich; die Ursprünge dieses Versäumnisses sieht er tief in den Eigenschaften der Demokraten verankert. Ihr Intellekt, so Westen, lässt sie auf Argumente, Statistiken und Fakten setzen. Ihr Glaube, dass der Verstand sowohl Mittel als auch Zweck sein kann, hindert sie daran, die Wählerschaft emotional anzusprechen. Und die Angst der Demokraten, dass der Gebrauch von Emotionen manipulativ sei, führt zu einem generellen Unbehagen hinsichtlich der Äußerung und dem Wecken von Gefühlen.

So erklärt es sich auch, dass Westens Darstellung keineswegs eine Lobeshymne auf die demokratische Partei und ihre Kandidaten ist. Vielmehr nimmt er die Position des kritischen Beobachters ein, der keine Zweifel an seiner politischen Überzeugung lässt, aber nicht zu verstehen vermag, warum die Wahl zwischen Republikanern und Demokraten eine Wahl zwischen »the Grand Old Party that competes in the marketplace of emotions and the Bland Old Party that has bet the farm on the marketplace of ideas« (S. 23) ist. Wenn Verstand und Emotionen konkurrieren, gewinnen die Emotionen – das gilt vor allem auch für die Politik. Sich diese Tatsache zunutze zu machen, so Westen, sei die wichtigste Aufgabe eines jeden Kandidaten.

Dass die Demokraten dies in der langen Geschichte ihrer Partei jedoch nur selten geschafft haben, zeigt Westen im zweiten Teil des Buches. Hier stellt er überzeugend dar, wie die Republikaner es verstehen, sich zu einer Marke zu machen, eine klare, geschlossene und emotional wirksame Linie zu verfolgen, die als die Verfassung der Partei fungiert. Während die meisten Menschen eine konkrete Vorstellung davon hätten, was es bedeutet, Republikaner zu sein, wüssten die Demokraten noch nicht einmal, ob sie sich selber als »liberal«, »progressiv« oder womöglich »links« benennen sollten, geschweige denn, welche ihre Hauptmerkmale seien. In den Worten Westens: »If this is how Coke marketed itself, we would all be drinking Pepsi.« (S. 169) Stattdessen propagiert er Ehrlichkeit, eine starke emotionale Wirkung der vermittelten Botschaften, einen prinzipientreuen Standpunkt sowie das Ansprechen des gesamten Gehirns – je mehr neuronale Kanäle angesprochen werden, desto besser.

Beispiele der aktuellen amerikanischen Innen- und Außenpolitik heranziehend, zeigt Westen, wie oft die Demokraten es verpasst haben, öffentliche Debatten zu ihren Gunsten zu nutzen. Von Abtreibungsgesetzen bis hin zu der Wachkomapatientin Terri Schiavo, von Bushs War on Terror bis hin zu Religion, Rasse, Abtreibung und Waffengesetzen – all dies sind Themen, bei denen laut Umfragen die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung der demokratischen Linie folgt. Und doch haben die wenigsten Demokraten es verstanden, diese erhitzten De-

batten zu gewinnen oder sich gegen Angriffe von Seiten der Republikaner zu schützen.

Von diesem Schwachpunkt ausgehend stellt Westen eine Hierarchie der wichtigsten Elemente eines erfolgreichen Wahlkampfes auf. Zuerst geht es darum, die Partei und ihre Prinzipien auf eine Art und Weise zu definieren, die emotional ansprechend ist und an die ihre Mitglieder glauben können. Gleichzeitig müssten die andere Partei und ihre Werte so definiert werden, dass deren Möglichkeit, emotional auf Wähler zu wirken, untergraben wird. Dann schließlich komme es darauf an, die positiven Gefühle gegenüber dem eigenen Kandidaten zu maximieren und die gegenüber dem Opponenten zu minimieren. Nur so könnten die Herzen der Wähler erreicht werden.

In einigen Punkten scheint Westen sein Argument zu weit zu tragen. So zum Beispiel, wenn er behauptet, dass der demokratische Kandidat John Edwards aufgrund seines schiefen Lächelns bei den Vorwahlen verloren hat. Oder in den an vielen Stellen zitierten Reden, die demokratische Kandidaten laut Westen halten sollen – oft mit äußerst persönlichen Angriffen gegen ihre Mitstreiter. So recht möchte man als europäischer Leser nicht akzeptieren, dass in Zukunft Wahlkämpfe derart aggressive und oberflächliche Züge annehmen werden. Nichtsdestotrotz ist »The Political Brain« ein Buch, dessen Lektüre nicht nur amerikanischen Wahlkampfstrategen wertvolle Einblicke in die Gefühlswelt der Bevölkerung eröffnen kann.

Der historische Sieg Obamas scheint viele der Thesen zu bestätigen, die Westen auf gut 400 Seiten mit etlichen Beispielen, neurologischen Versuchen und politischen Umfragen belegt. Obama, dem nachgesagt wird, dass er die Wähler mitreißen und für sich gewinnen konnte, weil er ihnen das Gefühl vermittelt, er würde das Land für sie verändern, vereint viele der laut Westen unentbehrlichen Merkmale eines erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten. Wie Westen selbst als Antwort auf den Ausgang der Wahlen schreibt: »There is nothing as powerful in politics as a powerful messenger. This time, this moment, the American people found that messenger«. (*The Huffington Post*; November 17, 2008)

Doch ist es unmöglich festzustellen, zu welchem Anteil Obamas Wahlkampf Vernunft oder Emotionen der Menschen angesprochen hat. Sein Konzept des Wandels hat die Wähler auch deswegen überzeugt, weil acht Jahre Bush-Administration sehr reale Auswirkungen auf ihr Leben hatten, die fern von Markenbildung, Rhetorik oder dem äußeren Erscheinungsbild des Kandidaten liegen. Dem Problem, welchen praktischen Wert sein neurologischer Ansatz hat, stellt sich Westen nur sehr begrenzt. Und obwohl außer Frage steht, dass Wahlen auch in den Herzen der Wähler entschieden werden, so können selbst neurologische Ansätze nicht erklären, an welcher Stelle Individuen letztlich in der Wahlkabine ihr Kreuz setzen.

Nora Neye,  
Friedrich-Ebert-Stiftung

**SEBASTIAAN J.H. RIETJENS / MYRIAME T.I.B. BOLLEN (Hrsg.):  
Managing Civil-Military Cooperation: A 24/7 Joint Effort for Stability**

Aldershot/Burlington 2008  
Ashgate Publishing, 280 S.

**D**as Verhältnis von zivilen und militärischen Akteuren ist in den vergangenen rund zehn Jahren von einem Nischenthema, das vor allem für Militärs in einigen Bereichen eine Rolle spielte, zu einem gleichermaßen akademisch wie praktisch relevanten Thema avanciert. Es sind in erster Linie die im Mittelpunkt stehenden politischen Großthemen wie »Afghanistan« und »Irak«, die aufgezeigt haben, dass es bei weitem nicht ausreicht, punktuell und zeitlich eng befristet militärisch zu intervenieren. Vielmehr ist der sich daran anschließende, vielfach quälende und alles andere als sichere Prozess des »Wiederaufbaus« und dann der »Entwicklung« keineswegs linear. Solche stockenden, oftmals auch mit heftigen Rückschlägen versehenen Prozesse, sind gleichermaßen neben den Top-Konflikt-Herden in vielen weit weniger beachteten Konflikten charakteristisch.

Trotz komplexer Situationen, in denen zivile und militärische Akteure zusammenarbeiten, zeigen sich in aller Regel zwei zentrale Herausforderungen. Zum einen übernehmen Militärs zumindest zeitweise und in ausgewählten Bereichen eine Rolle beim Wiederaufbau. Vielfach wollen diese eine solche positive Rolle auch bewusst übernehmen. Damit versuchen sie, sich ein Umfeld zu sichern, das ihnen nach Möglichkeit »freundlich« und damit nicht gefährdend gegenübersteht. Zum zweiten werden spätestens nach Kampfhandlungen zivile Akteure aktiv, die mit kurzfristigen humanitären Ansätzen oder auch längerfristigen entwicklungspolitischen Ansätzen ihre Rollen zu spielen versuchen. Durch die Gleichzeitigkeit von militärischem und zivilem Wirken stellt sich daher die Frage, wie sich diese Akteure zueinander verhalten. Haben Sie gleiche oder ähnliche Ziele und können daher eng kooperieren? Gibt es Interessen- und Zielunterschiede, die eine Zusammenarbeit nicht opportun erscheinen lassen oder de facto sogar ausschließen?

Dieses Verhältnis und Verhalten von zivilen und militärischen Akteuren greift der Band »Civil-Military Cooperation« in systematischer Form auf. Das Buch basiert vor allem auf niederländischen Erfahrungen in diesem Bereich, die allerdings gleichwohl auch für andere Länder interessant sind. Nicht zu Unrecht nehmen die Niederlande für sich in Anspruch, ein funktionierendes Beispiel für einen integrierten »Defence, Diplomacy, Development«-(3D)-Ansatz zu sein. Berührungspunkte und Dominanzbestrebungen, die sicherlich auch im niederländischen System nicht völlig unbekannt sein dürften, sind zumindest weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. Dies bringt auch der Titel des Bandes zum Ausdruck, der von »Kooperation« ausgeht. Ansätze, die weniger stark eine systematische Verzahnung favorisieren, sondern eher parallel arbeitende Systeme mit wenigen Wechselwirkungen beabsichtigen, sind vorstellbar und in der Praxis

auch vorzufinden; Ähnliches gilt für militärisch dominierte Ansätze. Dies trifft beispielsweise für das US-amerikanische Vorgehen, das überwiegend durch eine dominante Rolle der Militärs geprägt ist, oder in anderer Weise für das traditionell distanzierte Verhältnis militärischer und entwicklungspolitischer Akteure auf deutscher Seite zu.

Der Band versammelt eine interessante Sammlung von unterschiedlichen Perspektiven. Militärs, Vertreter humanitärer und entwicklungspolitischer Institutionen, Praktiker und Wissenschaftler bringen gleichermaßen ihre Analysen und Erfahrungen in insgesamt 16 Artikeln ein. Die beiden Hauptkapitel befassen sich mit zwei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von zivil-militärischer Kooperation. Die erste Ausgangsbedingung bezieht sich auf humanitäre Missionen. Dies können beispielsweise Naturkatastrophen wie der Tsunami Ende 2004 oder das pakistanische Erdbeben 2005 sein. Dies können aber auch Folgen von gewaltsamen Auseinandersetzungen sein, wie etwa die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen aufgrund von Kriegereignissen. Die zweite Ausgangsbedingung geht von zivil-militärischen Kooperationsformen im Kontext von Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen aus. Die Fallbeispiele hierzu behandeln die Demokratische Republik Kongo, Afghanistan und Liberia.

Die Unterscheidungen des Bandes tragen dazu bei, nicht nur verschiedene Arten von zivil-militärischen Verhaltensmustern zu identifizieren, sondern auch die unterschiedlichen Herausforderungen, die damit verbunden sind. Wenn es beispielsweise darum geht, dass mit Militärhubschraubern ausschließlich humanitäre Hilfsaktionen durchgeführt werden können, ist dies deutlich unterscheidbar von anderen Situationen, in denen es ein genuines militärisches Interesse an bestimmten flankierenden zivilen Aktionen in instabilen Situationen gibt. Die Beiträge machen aber ebenso deutlich, dass derartige Abgrenzungen und eindeutige Kategorien in der Praxis eher selten zu finden sind. Wie sieht ein Ansatz nach einer Naturkatastrophe unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges beispielsweise aus? Die Tsunami-Folgen für Sri Lanka zeigen die Vermengung solcher Probleme, weil das Handeln aller srilankischen und ausländischen Akteure unmittelbar Einfluss auf den Gewaltkonflikt des Landes hatte.

Das Buch hilft, funktionierende und auch nicht-funktionierende Bereiche im Verhältnis von zivilen und militärischen Akteuren zu identifizieren und zu diskutieren. Ein zentrales Ziel der Herausgeber, zur Weiterentwicklung praxisrelevanter Standards in den zivil-militärischen Beziehungen beizutragen, wird realisiert. Gleichzeitig bleibt allerdings durch diesen Fokus die politische Dimension des Themas unzureichend behandelt. Welche politischen Voraussetzungen müssen für eine Kooperation erfüllt sein? Wo bestehen nicht nur im operativen Bereich Gegensätze, sondern auch mit Blick auf Strategien und inhaltliche Ziele? Diesen und ähnlichen Fragen hätten die Herausgeber durchaus mehr Raum geben sollen.

Gleichwohl ist der Band ein wichtiger Beitrag, den praxisorientierten wie auch akademischen Dialog verschiedener Bereiche zu befördern. Nicht zuletzt für

deutsche Debatten, die vielfach weniger offen und konstruktiv-kritisch sind, sind die Erfahrungen und Beispiele hilfreich, um Denkanstöße zum Zusammenwirken und Handeln ziviler und militärischer Akteure zu geben.

*Stephan Klingebiel,  
Kigali*

**RICHARD P. FARKAS:**

**Democratization in the Balkans. Prescriptions for a Badly Scarred Body Politic**

Lebanon 2008

University Press of New England, 135 S.

**A**usgehend von der These eines allgemeinen Demokratiedefizits in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie in Bulgarien und Rumänien legt Richard P. Farkas in einer vergleichenden Analyse »ex negativo« dar, von welchen strukturellen und mentalen Grundlagen die Funktionsfähigkeit einer demokratischen Zivilgesellschaft abhängig ist.

Neben dem schweren Erbe der kommunistischen Mentalität, das nach wie vor freiheitliche Tugenden, wie Bereitschaft zu Verantwortung und gesellschaftlichem Wandel behindert, macht er insbesondere die wechselhafte Geschichte der Region und die Konflikte der 1990er Jahre für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich. Dabei bemüht er das Bild eines vernarbten Körpers, dessen Wunden nicht verheilt und gleichsam verhornt sind, und somit symbolisch die Offenheit (»receptiveness«, gemeint ist gegenüber Neuem und Wandel) und die Anpassungsfähigkeit (»adaptability«, gemeint ist ein freiheitliches System nach dem Vorbild der westlichen Welt) erschweren. Die Absicht der Studie ist, aus der Diagnose des Problemfeldes Rezepte (»prescriptions«) abzuleiten, die anstelle der, gleichsam salbenhaften, von außen aufgetragenen Versuche des Westens einen inneren »Heilungsprozess« des politischen Körpers bewirken können.

Farkas bestimmt sechs Elemente (»Tolerance«, »Obligation«, »Voice«, »Constraint«, »Transparency«, »Legitimacy«), die es auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie auszubilden und zu pflegen gilt. Jedem der sechs Elemente widmet der Autor ein Kapitel, in dem er sein Verständnis der Begriffe anhand von aktuellen Ereignissen und Entwicklungen in der Region erläutert. Toleranz (»Tolerance«) stellt als erstes Element einen gesellschaftspolitischen Wert von breiter Bedeutung dar, der auch im Bereich der Wirtschaft, der Medien und Bildung im Sinne einer redlichen Konkurrenz von Produkten, Gruppen und Ideen verinnerlicht werden muss. Für die Länder Südosteuropas geht es dabei insbesondere um die Durchsetzung eines religiösen Pluralismus, einer Absage an den Nationalismus und den damit verbundenen Ausschluss von Minderheiten bzw.

der Verweigerung von Bürgerrechten. Ferner tragen die polarisierenden Medien oftmals dazu bei, dass die Ausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses verhindert und auf Ausschluss denn auf Integration hingearbeitet wird.

Bei den politischen Führungen der Länder konstatiert Farkas einen Mangel an Gefühl der Verpflichtung (»Obligation«), öffentlich definierte Interessen zu vertreten und zu verantworten. Er postuliert, die eigenen Interessen nur im zivilgesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Rahmen des Systems zu nutzen und damit zur Festigung und zum Erhalt desselben beizutragen. Die Mangelhaftigkeit dieses Elements offenbart sich beispielsweise darin, dass sich viele Entscheidungsträger als »trustee« begreifen, der sich mit seiner Wahl hinreichend legitimiert sieht, seine persönlichen Ansichten zu verfolgen, und nicht als »delegate«, der sich an »der Weisheit des Volkes« (»people's wisdom«) orientiert.

Stimme (»Voice«) definiert er als Element in der politischen Architektur, das potentielle Macht ebenso wie eine manifeste Macht im System repräsentiert und die Möglichkeit bietet, sich äußern zu können und gehört zu werden. Die Problematik beginnt vielerorts mit unklaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in der öffentlichen Verwaltung, an die sich der Wille zur Äußerung wenden kann. Auch haben einige Staaten Südosteuropas noch keinen redlichen investigativen Journalismus hervorgebracht, und so bewirken die zuweilen höchst interpretativen und parteiischen Medien einerseits mangelndes Vertrauen in die Medien, weiterhin aber auch den Verlust des Glaubens daran, seiner Stimme überhaupt in einem seriösen Rahmen Ausdruck verleihen zu können.

In einer freiheitlichen Gesellschaft, so erläutert Farkas weiter, muss für politisches wie für wirtschaftliches Handeln ein gesetzlicher Rahmen Regeln setzen und dabei Zwang (»Constraint«) ausüben. Hier gilt es, das mentale Erbe der kommunistischen Zeit zu überwinden, in der Gesetze häufig keine bedeutende Rolle spielten, um die Bevölkerung im Unklaren darüber zu lassen, was sie tun darf und was nicht. Unabdingbar sind beispielsweise Gesetze gegen die ausufernde Korruption, die Farkas aufgrund der unermesslichen Kosten für die Glaubwürdigkeit des Systems als systemisches Äquivalent zu Krebs bezeichnet.

Wie »CEOs« ihren »stakeholders« Rechenschaft über ihre Geschäfte ablegen, so vergleicht Farkas, sollte das öffentliche Recht auf Transparenz (»Transparency«) hinsichtlich des Verhaltens und der Entscheidungen von politischen Verantwortungsträgern eingefordert werden. Dieses Recht wird in den Ländern Südosteuropas jedoch von der Öffentlichkeit – zumeist aus Gründen eines mangelnden politischen (Selbst-)Bewusstseins – selten erwartet und somit eingefordert. Die Quelle der Legitimität (»Legitimacy«) von Macht schließlich darf, so der Autor weiter, in der Demokratie nur auf dem Einverständnis der Öffentlichkeit beruhen. Wenn die Öffentlichkeit in Südosteuropa dies erkennt, wird sie verstehen, dass sie eine Rolle im System zu spielen hat und dass das in Südosteuropa oft anzutreffende Gewohnheitsrecht (»habit«) der Regierenden abgelöst werden könnte.

Ausgehend von der Diagnose dieser defizitären Felder formuliert Farkas schließlich eine im klassischen Sinne liberale Agenda von »ten Commandments«, mit denen die Behandlung des Patienten eingeleitet werden soll. Als wichtig erachtet er dabei vor allem einen gesellschaftlichen Konsens über eine operative Definition von Demokratie und darüber, wohin und in welchem Tempo sich die Gesellschaft entwickeln will. Mit der Erkenntnis, dass Demokratie ein Ziel ist, das eine Herausforderung für alle Teile des »body politic« ist, glaubt Farkas, um im Bilde der nicht immer gelungenen Metaphorik des Buches zu bleiben, seien die Gesellschaften auf einem richtigen Weg zur Selbstheilung. Er betont, dass er das amerikanische Modell als nicht applikabel ansieht, sondern die europäischen Konzeptionen schon allein deswegen bevorzugt, da die Anpassung an die Aufnahmekriterien in die EU konkrete Anreize bieten können.

Von einem langsamen, aber richtigen Weg zur Demokratie kann in vielen Ländern Südosteuropas also derzeit nicht die Rede sein. Vielmehr gehen die Werte in globaler Konkurrenzfähigkeit und effektiver Regierungsarbeit vielerorts zurück. Die akute Gefahr des gesellschaftlichen und politischen Zusammenbruchs sehen internationale Studien in Serbien, Montenegro und Mazedonien, während man in Bosnien, Albanien und im Kosovo bereits von »komatösen« Zuständen sprechen kann. Nach wie vor fällt es vielen Südosteuropäern leichter, einen Konsens darin zu finden, *wogegen* sie sind als *wofür*. Ihre Hoffnungen auf Veränderungen liegen hauptsächlich im ökonomischen Bereich bzw. in der Hoffnung auf Sicherheit. Bedenklich stimmt, dass ein Großteil der Menschen nicht glaubt, in einem demokratischen System, stattdessen aber in einer Art Anarchie zu leben. So prognostiziert Farkas, dass die Demokratie noch mindestens eine Generation brauchen wird, um sich zu etablieren. Allein die neuen EU-Staaten Slowenien, Bulgarien und Rumänien nimmt er hier heraus.

Der Autor macht deutlich, dass Demokratie nicht allein auf dem Abhalten von Wahlen und eine freiheitliche Gesellschaft nicht auf Beliebtheit beruht. Seine Beispiele illustrieren, dass der Aufbau einer funktionierenden Demokratie in der Bewusstwerdung und Durchsetzung der Grundsätze einer Zivilgesellschaft, im Aufbau einer stabilen politischen Architektur (inklusive einer regen Politikwissenschaft, verantwortungsbewusster Medien und einer Förderung der politischen Bildung), einer effektiven Regierung und in Rechtsstaatlichkeit, vor allem aber im gesellschaftlichen Konsens darüber besteht, für die Etablierung dieser Elemente Verantwortung zu übernehmen. Ob eine Besinnung auf die vorhandenen historischen Episoden von Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft in Südosteuropa, wie er sie z. B. im Habsburger Reich oder unter osmanischer Herrschaft ausmacht, tatsächlich als Beispiel dienlich sein kann, ist schon allein deswegen fragwürdig, als es sich durchweg um fremde Einflussnahmen handelt.

Das Buch hat seine starken Momente, wenn es die Folgen des kulturellen bzw. mentalen Erbes des Kommunismus in konkreten Erscheinungen aufzuzeigen weiß, wie, wenn der Autor beispielsweise bemerkt, dass Regierende wie Öffent-

lichkeit der Opposition oftmals die Rolle und das Stigma von Dissidenten zuweisen. In dem eng gesteckten Rahmen von 120 Seiten kann Farkas' Analyse jedoch der teilweise höchst unterschiedlichen historischen, gesellschaftlichen und politischen Lagerung der einzelnen Staaten Südosteuropas nicht Rechnung tragen und bleibt daher sehr oberflächlich. Dabei entbehrt der Text stellenweise einer gewissen Stringenz und gleitet in ein gelehrtes Schwadronieren über die Grundlagen der bürgerlich-liberalen Demokratie ab, ohne sich einer ausführlichen Referenz auf Forschungsergebnisse verpflichtet zu sehen.

Die angeführten Probleme in der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft sind für die Transformationsländer Osteuropas bereits vielfach tiefergehend analysiert worden, und auch mangelt es nicht an Studien zur politischen Entwicklung in Südosteuropa. Blickt man zurück auf die überzeugenden Bände von Parrot/Dawisha (1997) oder Pridham/Gallagher (1999), korrespondiert der Ertrag dieses Bandes mit den ernüchternden Entwicklungstendenzen in vielen der thematisierten Länder.

*Lars Löckner,  
Nationale Technische Universität der Ukraine, Kiev*

## **Zwei sehr verschiedene Berichte aus zwei sehr verschiedenen Ländern**

### **THILO THIELKE:**

#### **Kenia – Reportagen aus dem Inneren eines zerrissenen Landes**

Frankfurt am Main 2008

Brandes & Apsel, 231 S.

### **DOMINIC JOHNSON:**

#### **Kongo – Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens**

Frankfurt am Main 2008

Brandes & Apsel, 212 S.

**K**risen, Kriege, Korruption – Kenia? Afrika gilt vielen Journalisten und Mediennutzern in Europa als K-Kontinent. Aber was hat Kenia damit zu schaffen?, mögen sich viele Menschen in der Bundesrepublik gefragt haben, als Anfang 2008 plötzlich Berichte und Bilder von gewaltsamen Auseinandersetzungen aus eben diesem Land gedruckt und gesendet wurden. Kenia, das kannten breitere Bevölkerungskreise allenfalls als exotisches Urlaubsparadies. Nur Fachleute und wenige Interessierte wussten in Europa von den tief sitzenden sozialen, regionalen, politischen und wirtschaftlichen Spannungen vor Ort. Sie waren weniger überrascht, als es nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende De-

zember 2007 vor allem in den Slums der Hauptstadt Nairobi und im Westen des Landes zu tödlichen Unruhen kam.

Der bisherige Amtsinhaber, Präsident Mwai Kibaki von der Party of National Unity, reklamierte damals trotz der unter anderem von einer EU-Wahlbeobachtermission festgestellten Unregelmäßigkeiten den Wahlsieg für sich. Er zog damit den Protest der Anhänger des Oppositionsführers, Raila Odinga vom Orange Democratic Movement, auf sich. Seine Partei sollte die Parlamentswahlen gewonnen haben, die Präsidentschaftswahlen aber nicht? Aus Protestdemonstrationen wurden gewaltsame Zusammenstöße. Vielerorts brachen schlummernde Konflikte um Land und politischen Einfluss auf und führten zu hunderten Toten sowie hunderttausenden Flüchtlingen. Seit April 2008 regieren – nach erfolgreicher Vermittlung durch den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan – Kibaki als Präsident und Odinga als Premierminister gemeinsam mit einer riesigen Ministerriege und fürstlich entlohnten Parlamentariern – der hohe Preis des Friedens?

Thilo Thielke lebte fünf Jahre lang als Spiegel-Korrespondent vor Ort und war eigentlich gerade auf dem Sprung zum nächsten Posten in Bangkok. Nun lässt er in seiner durch Interviewsequenzen ergänzten Reportagensammlung jene dramatischen vier Monate Anfang 2008 nochmals aufleben. Seine Schilderung der Ereignisse, die Experten technisch als »post-electoral violence« bezeichnen, gehen teils unter die Haut. So im Kapitel »Die Toten von Kiambaa«, in dem der Autor von seinem Besuch einer Kirchenruine berichtet, in der zuvor Frauen und Kinder verbrannt worden waren. Oder als er Passanten auf herumliegende Leichen anspricht und zur Antwort bekommt, diese Menschen hätten einfach Pech gehabt. Tiefer liegende Konfliktursachen ergründet Thielke hingegen kaum. Zwar unternimmt er gelegentlich Ausflüge in die Geschichte Kenias, weist auf Landkonflikte, die verbreitete Korruption (unvollständig als Elitenproblem gekennzeichnet) und ethnische Spannungen hin, bleibt insgesamt jedoch relativ weit an der Oberfläche.

Hinzu kommt die Verwendung fragwürdiger Begriffe. Immer wieder ist z. B. vom »Stammeskrieg« die Rede. Zumindest unterschwellig droht dieses Vokabular bei so manchen europäischen Lesern, die ihre eigene »Stammesgeschichte« vielleicht irgendwo im ersten Jahrtausend oder davor verorten, mystische Assoziationen mit dem Konzept der Abstammungsgemeinschaft, Blut-und-Boden-Ideologie, Primitivität und Irrationalität zu wecken. Zum Verständnis afrikanischer Konflikte trägt diese Sprache wenig bei. Der Autor hätte sie eigentlich gar nicht nötig, denn er macht durchaus deutlich, dass wir es hier mit politisierter Ethnizität zu tun haben, mit der Instrumentalisierung von Identitäten zu machtpolitischen Zwecken. Wie wenig Identitätsstiftung mit Blutsverwandtschaft zu tun haben muss, zeigt das Beispiel der Kalenjin, das Thielke selbst anführt. Dieser kenianische »Stamm« soll sich erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus kleineren Volksgruppen gebildet haben, die nach mehr Durchsetzungskraft streb-

ten und ihre neue kollektive Selbstbezeichnung dem Titel einer Radiosendung entlehnten.

Pointiert nimmt der Reporter aufs Korn, wie sich einige seiner deutschen Landsleute in der kenianischen Gesellschaft verhalten. Da sind z. B. der Lodgebesitzer und ein Touristengröppchen, die unabhängig voneinander die Meinung vertreten, dass die Medien die furchtbaren Ereignisse nach der Wahl lediglich aufgebauscht hätten, was nun unnötigerweise die Urlauber aus Europa verschrecke. Ausbleibende Touristen sind in der Tat ein ernstes Problem für Kenia. Aber deswegen die Lage schönreden? Da ist der als exzentrisch beschriebene Sohn eines ostdeutschen Schriftstellers, der mit Premier Odinga, der einst in Magdeburg studierte, befreundet ist und deswegen kurzzeitig in ein kenianisches Gefängnis wanderte. Und da sind die »Sextouristinnen«, wie Thielke sie geradezu süffisant nennt. Angeregt von autobiographisch geprägten Büchern à la »Die weiße Massai« kämen sie in Scharen nach Kenia, um dort das Abenteuer mit einem »Beach Boy« zu suchen. Fast unerwähnt bleiben hingegen europäische Männer, die für billigen Sex in Kenia zahlen, quantitativ und qualitativ problematischer als die alternden Blumenmädchen sein dürften und sich teils sogar an Kindern vergehen sollen.

Und das offizielle Deutschland? Kurz vor Schluss thematisiert der Autor die Problematik der Kleinwaffenkontrolle, an der die Bundesrepublik als bedeutender Exporteur von Automatikgewehren ein starkes Interesse hat. Sachlich erörtert Thielke mit seinem gut informierten Gesprächspartner mögliche Schlupflöcher sowie Vorschläge, wie diese zu stopfen wären. Mit Blick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia verfällt der Autor an anderer Stelle hingegen in pure Polemik. Dass Korruptionsbekämpfung selbst etwas kostet, kann der Journalist z. B. überhaupt nicht nachvollziehen und erregt sich: »Als bräuchte man Geld vom deutschen Steuerzahler, um mit dem Stehlen aufzuhören!« (S. 34). Man möchte ihm entgegenhalten: Als ob Korruption ein rein ethisches Problem und die Reform der Finanzverwaltung oder eine effektivere Strafverfolgung umsonst zu haben wären! Ganz so einfach ist es wirklich nicht.

Das Buch endet mit einem schlechterdings pessimistischen Epilog, der in eine Aufzählung wichtiger afrikanischer Krisenherde mündet und vor übertriebenem Afro-Optimismus warnen will. Das »ungute Gefühl« (S. 223), mit dem Spiegelautor Thielke Kenia im Frühjahr 2008 verließ, hat sich zu diesem Zeitpunkt längst auf den Leser übertragen. Dass es gerade um dieses Land so schlecht bestellt sein soll, wie es die Einordnung Kenias in eine Reihe afrikanischer Krisenherde zum Abschluss suggeriert, will hingegen nicht so recht in den Kopf. Und was haben eigentlich die beiden für sich genommen zwar interessanten, im Kontext der politischen Krise aber reichlich deplatzierten Berichte über die Löwenjagd und den Elefantenschutz in diesem Buch zu suchen? Kurz: Wer bereit ist, so manche Vereinfachung und den streckenweise sensationalistischen Schreibstil Thielkes zu ertragen, für den bleibt das Buch durchaus lesenswert. Dafür sorgt vor allem die Authentizität, die andere Passagen prägt, in denen der Verfasser eigene Wertun-

gen zurückzustellen vermag und einfach die Akteure vor Ort sprechen lässt. Ergänzt werden die über 40 Einzelbeiträge von einem teils schonungslosen Foto- teil.

Ganz anders präsentiert sich das Werk über die Demokratische Republik Kongo, das der *taz*-Reporter Dominic Johnson etwa zeitgleich in demselben Verlag veröffentlichte. Er wählte einen historischen Zugang, der die Vermittlung von umfangreicheren Hintergrundinformationen erlaubt, als es eine Reportagen- sammlung wie Thielkes tagebuchartige Schrift vermag. Explizit wendet sich Johnson gegen die verbreitete Rede vom Kongo als dem »Herzen der Finsternis« (ursprünglich ein Romantitel von 1902), das von unverständlichen Kriegen zer- rissen ist und dessen Bodenschätze von undurchschaubaren Mächten ausgebeutet würden. Statt Verschwörungstheorien anzubieten, berichtet er nüchtern und bringt dennoch eine tief empfundene Solidarität mit den Kongolesen zum Aus- druck, die nie die Kunst des Überlebens verlernt hätten. Diese Herangehensweise belässt den leidgeprüften Menschen in Mittelafrika auf eindrucksvolle Weise ihre Würde und befreit den europäischen Beobachter ein Stück weit seines Gefühls der Ohnmacht.

Chronologisch erzählt Johnson die jüngere und jüngste politische Vergan- genheit dieses riesigen Gebietes von der Größe Westeuropas und deutet sie im Schlusskapitel als eine Geschichte der wechselnden, aber immer wieder neu auf- keimenden Hoffnungen. Es begann mit der Hoffnung auf Befreiung vom Kolo- nialismus, der Ende des 15. Jahrhunderts mit den Handelskontakten zwischen den damaligen Königreichen Kongo und Portugal einsetzte und seinen traurigen Höhepunkt um 1900 erreichte, als das grüne Herz Afrikas als Privatbesitz des bel- gischen Königs galt. Als Vehikel einer Extraktionsökonomie behandelt, blieb der Staat im Kongo, auch als er 1908 offizielle Kolonie Belgiens wurde, was er bis heute ist: Fiktion, Fluchtpunkt und Instrument der Ausbeutung, aber kein Gar- rant von Stabilität und Prosperität. Ein Monopol legitimer Gewaltanwendung, wie es Max Weber seiner Definition des modernen Staats zugrunde legte, kenn- zeichnete dieses Gebilde nie. Der Wunsch der Menschen nach einer zweiten, inneren Unabhängigkeit zerstob unter der kleptokratischen Herrschaft Präsident Mobutus, der sich bald nach der formalen Eigenstaatlichkeit 1960 und der Er- mordung des Hoffnungsträgers Patrice Lumumba an die Macht geputscht hatte, sein Land alsbald in »Zaire« umbenannte und unter dem Deckmantel einer Poli- tik der »authenticité« ein weit verzweigtes Patronagesystem etablierte.

1996/97 fegte eine breit aufgestellte Rebellion um Laurent-Désiré Kabila mit Unterstützung durch die Regierungsarmeen Ruandas und Ugandas den altern- den Diktator vom Thron. Die Hoffnung auf Frieden sollte sich jedoch während der folgenden zehn Jahre vor allem für die Menschen im Ostkongo nicht erfüllen. Mit mäßigem Erfolg agiert seit 2001 eine UN-Friedensmission im Land. Zweimal intervenierte die EU militärisch: 2003 gegen ethnische Milizen in der Provinz Ituri und 2006 zur Absicherung der ersten freien Wahlen in der Geschichte des

Landes, aus denen schließlich Joseph Kabila siegreich hervorging. Die Hoffnung auf friedliche Entwicklung vieler Kongolesen erhielt seither viele Dämpfer, dürfte jedoch mit der kürzlich erfolgten Gefangennahme des Rebellenführers Laurent Nkunda wieder Auftrieb erhalten haben. Abgeschlossen wird der Band mit einem Kapitel, das der Autor mit den Worten »Die Kunst des Überlebens« überschrieben hat und in dem er noch einmal besonders die Perspektive auf die kongolesische Zivilbevölkerung betont.

Die zahlreichen, auf den Tag genauen Datumsangaben in der zweiten Hälfte des Buchs belegen, wie intensiv der Journalist das Geschehen im Kongo in den letzten Jahren beobachtet und akribisch festgehalten hat. Auf über 20 Reisen hat er sich ein Bild von der Lage vor Ort gemacht. Noch mehr O-Töne und Augenzeugenberichte wären daher sicherlich aufschlussreich gewesen. Leider bedient sich der Autor keines politikwissenschaftlichen Konfliktanalyseinstruments, das ihn zu einer stärker systematischen statt der gewählten chronistischen Darstellungsweise gezwungen hätte. Weniger bewanderte Leser könnte daher mitunter das Gefühl beschleichen, sich in einer Fülle von Namen, geografischen Angaben und Einzelereignissen zu verlieren. Endnoten, zwei Übersichtskarten, eine Zeitafel sowie Verzeichnisse wichtiger Volksgruppen, Personen und Abkürzungen helfen jedoch dabei, dieser Gefahr zu entinnen.

*Axel Biallas,  
Berlin*

## **STEFAN SCHMALZ:**

### **Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation**

Münster 2008

Westfälisches Dampfboot, 308 S.

**S**tefan Schmalz untersucht in seiner aufschlussreichen Arbeit Möglichkeiten und Grenzen einer außenwirtschaftlichen Umorientierung Brasiliens unter Präsident Lula und dessen selbst gestelltes Ziel einer unabhängigeren Einbindung in den Weltmarkt. Um dies zu gewährleisten, hat der Autor einen anspruchsvollen theoretischen Rahmen ausgearbeitet. In kreativer Weise werden Einsichten älterer Dependenz- und Weltsystemtheorien mit neueren kritischen Ansätzen der Internationalen Politischen Ökonomie verknüpft, um die abhängige Entwicklung Brasiliens analysieren zu können. Sein »neo-dependenztheoretischer«, um Einsichten der Staats- und Hegemonietheorie ergänzter Ansatz hilft dem Autor dabei, einen differenzierten Blick auf die weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen, deren hegemoniale Stabilisierung unter US-amerikanischer Vorherrschaft (bzw. ihre gegenwärtige Destabilisierung) zu werfen, ohne die Be-

deutung der innergesellschaftlichen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse Brasiliens zu vernachlässigen.

In einem historischen Rückblick auf die brasilianische Außenwirtschaftspolitik wird im Anschluss die wechselvolle Geschichte des Landes hinsichtlich des Versuchs einer »nationalstaatszentrierten« Industrialisierung beschrieben, der bereits seit den 1930er Jahren von Bemühungen einer Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen und einer Autonomie gegenüber den USA (seitens linker wie rechter Parteien) gekennzeichnet war. Die Regierung Lula knüpfte ab 2002 gewissermaßen an einer Tradition des »nationalen Entwicklungsstaates« an, die in den 1990er Jahren durch die Liberalisierung der brasilianischen Ökonomie und die enge Anknüpfung an die Vorgaben der USA scheinbar in Auflösung begriffen war.

In seiner »Innen«- wie »Außenfaktoren« gleichermaßen berücksichtigenden Perspektive zeichnet Schmalz die Transformationen der brasilianischen Politik bzw. die »Kämpfe im und um den Staat« nach. Vor 2002 erfuhren etwa die Zentralbank und das Finanzministerium einen Bedeutungszuwachs, was einer gesellschaftlichen Aufwertung von transnationalisierten Unternehmen und Finanzakteuren entsprach, die den einstmals mächtigen Einfluss vorwiegend binnenmarktorientierter Unternehmen einzudämmen und die »Subalternen« einzuspannen vermochten. Die verschärften innenpolitischen Polarisierungen, die schließlich in der Wahl des Linken Lula mündeten, drückten sich in einer partiellen Umgruppierung innerhalb des Staatsapparats aus, wie Schmalz detailliert beschreibt. Zwar konnte eine »neoliberale«, auf Exportunternehmen und Finanzsektor gerichtete Strömung wichtige Ministerien weiterhin kontrollieren. Auf der anderen Seite drückte sich die Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses jedoch in der Einflussnahme einer »sozial-keynesianischen«, links-nationalistischen Strömung aus, die etwa das Außenministerium Itamaraty unter Kontrolle brachte.

Nach 2002 wurde zumindest von Teilen der Lula-Regierung der ehrgeizige Versuch unternommen, zwei neuartige Abhängigkeitsformen des globalen »High-Tech-Kapitalismus« abzuschwächen, die Brasilien seit den 1970er Jahren wirtschaftspolitisch einengten – ein »finanzmarktvermittelter Ressourcentransfer« auf dem Wege der erhöhten Auslandsschulden und durch den Transfer von Zinseinkünften sowie eine »transnationale Verrechtlichung« von Abhängigkeitsverhältnissen im Rahmen internationaler politischer Institutionen wie der Welthandelsorganisation WTO. Das WTO-Regime fungierte, dominiert durch die »Quad« aus EU, Japan, Kanada und die USA, als Beschleuniger einer allgemeinen Liberalisierung, die, so der Autor, in Brasilien schwere wirtschafts- und sozialpolitische Schäden zeitigte (S. 221ff). Die dem WTO-Regime angeschlossenen Staaten wurden dem »Prinzip einer fortschreitenden Liberalisierung« unterworfen, dessen »Funktionslogik« wurde auf weitere Bereiche ausgeweitet, zeitgleich »rechtlich festgeschrieben« und »damit beinahe unwiderruflich« gemacht (S. 140).

Das Überraschende an dieser, die Abhängigkeit selbst von aufstrebenden Schwellenländern beinahe zementierenden Konstellation war freilich ihre Infragestellung. Mit der »Krise der WTO« seit 2003, die durch die koordinierte Vorgehensweise der stärkeren der abhängigen Länder (G-20) zustande kam, dem Ende der von den USA anvisierten panamerikanischen Freihandelszone ALCA und dem Stillstand in den Verhandlungen zwischen dem (von Brasilien angeführten) Mercosur und der EU schien sich eine neue »Geographie des Welthandels« durchzusetzen. Den sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) stünden nunmehr erhebliche Spielräume offen, so die Ansicht vieler Kommentatoren. Insbesondere die linke Regierung Brasiliens galt als Hoffnungsträger einer neuen selbstbewussten und zugleich sozialverträglichen Politik des »Südens«. Auf die Frage, ob die partielle Herauslösung aus der von den Interessen des »Nordens« dominierten Weltordnung und die seitdem parallel stattfindenden Bemühungen um den Ausbau der ökonomischen Beziehungen mit anderen Volkswirtschaften des Südens zu einer alternativen Entwicklung führen könnte, bleibt Schmalz skeptisch. Zwar konnten auf der Ebene der »Süd-Süd-Kooperation« Fortschritte erzielt werden, doch können diese nur bedingt als Quellen einer Unabhängigkeit vom Weltmarkt betrachtet werden. »Es handelt sich demnach nicht um die Herausbildung eines ›Weltmarkts unterhalb des Weltmarkts‹, sondern um den Versuch einer Verbesserung der brasilianischen Stellung im Weltmarkt«, und zwar innerhalb des Rahmens global-kapitalistischer Vergesellschaftung (S. 211). Brasiliens Wirtschaftsmodell ist gegenwärtig durch einen semi-peripheren »Wettbewerbskorporatismus« geprägt, dessen mittelfristige Stabilisierung von einer erfolgreichen Binnendynamik abhängt. Das fragile Modell der exportorientierten Entwicklung wurde über die Erschließung neuer Absatzmärkte im Süden allerdings erst einmal vertieft. Eine Umorientierung auf neue soziale Normen und Werte internationalen Wirtschaftens ist darüber hinaus nicht zu erkennen, die Entstehung einer »Gegenhegemonie« bleibt aus (S. 245). Die Welt nimmt mit dem Nachlassen der amerikanischen Hegemonie multipolare Züge an, Länder wie China und in Ansätzen auch Brasilien treten als Akteure einer intensiver werdenden oligopolistischen Konkurrenz auf, einzelstaatliche Institutionen feiern auf spektakuläre Weise ihr Comeback – eine soziale Wende wurde indes nicht eingeläutet.

Die eröffneten Spielräume wurden Schmalz zufolge jedoch nicht allein aufgrund weltwirtschaftlicher Dynamiken und Anpassungsprozesse nur unzureichend genutzt: Innerhalb Brasiliens suchte Lula, als sozialdemokratischer Moderator der Macht, keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den »hegemonialen Kapitalfraktionen im Block an der Macht« (S. 108). Demzufolge blieb die Außenwirtschaftspolitik der Regierung in sich widersprüchlich. »Da die Kontrolle der Finanzpolitik in der Hand der Zentralbank und des Finanzministeriums und damit der neoliberalen Achse liegt, sind die Aushandlungsprozesse in den internationalen Finanzbeziehungen sowie die Funktionsweise des finanzmarktvermittelten

Ressourcentransfers weitgehender Kontinuität unterworfen. (...) Die Außenhandelspolitik hingegen wird in vielen Punkten eher von der sozial-keynesianischen Achse kontrolliert. Zwar ist auch hier eine Exportorientierung dominant, doch das linksnationalistische Itamaraty verteidigte in verschiedenen Verhandlungsprozessen erfolgreich die Schutzinteressen der Industrie. Eine Vertiefung der transnationalen Verrechtlichung von Abhängigkeitsstrukturen wurde auf diese Weise vorerst verhindert. Dennoch herrschte immer wieder die Tendenz vor, die Exportanliegen des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Entwicklung, Industrie und Außenhandel auf die Agenda zu setzen« (S. 118f).

Schmalz ist es gelungen, Unzulänglichkeiten älterer, oftmals einseitig verallgemeinernder Dependenztheorien durch ihre Neukonzeptualisierung zu überwinden und vor diesem Hintergrund empirische Untersuchungsergebnisse in einer überzeugenden Weise auszuwerten. Das Buch empfiehlt sich auch deshalb nicht nur für Lateinamerikaspezialisten.

*Tobias ten Brink,  
Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main*